

Statement zur Integrationskonferenz des Landes 27.6.2008

Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger

Im Jahr 2002 hat die Stadt Dornbirn ein Integrationsleitbild erstellt. Im Leitbild wurden Handlungsfelder definiert, die über das politische Tagesgeschäft hinausgehen und Verbindlichkeiten für politisches Handeln festlegen. Mit der Leitbilderstellung bekennt sich die Stadt Dornbirn, die Rahmenbedingungen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu optimieren.

Politisch war das für Dornbirn ein Novum: erstmals hat die Stadt festgeschrieben, dass es neben der von MigrantInnen eingeforderten Verantwortung auch eine Verantwortung der Politik –und damit von PolitikerInnen- gibt, die wesentlich zum Gelingen oder Nichtgelingen von Integration beiträgt.

In wichtigen Bereichen, wie der frühen Sprachförderung, also der Förderung der Drei- und Vierjährigen vor dem Kindergarteneintritt, sind unsere Erfolge größer als ich sie erwartet habe. 562 Kleinkinder mit ihren Eltern haben seit Oktober 2004 diesen Kurs besucht, freiwillig und gegen Bezahlung. Ohne auf die Details dieser Sprachförderung eingehen zu wollen, möchte ich doch betonen, welches Faktum für mich besonders bedeutsam bei der Durchführung dieser Kurse zur Sprachfrühförderung ist. Es ist die Einbindung der Eltern, die uns von städtischer Seite den Zugang erleichtert und die Eltern für andere Maßnahmen gewinnen lässt. Die Stadtbücherei in Dornbirn, die allen Eltern im Rahmen der Kurse vorgestellt wird, hat inzwischen einen Anteil an migrantischen LeserInnen von 38%. Natürlich wurde das Lesematerial an die speziellen Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe adaptiert.

Der seit 2001 von der Stadt angebotene Sprach- und Orientierungskurs für Frauen und die über INKA angebotene Lernbetreuung in den Volks- und Hauptschulen verstärken unser Bildungsangebot.

Im Bereich der Jugendlichen leistet die OJAD unter der Leitung von Martin Hagen seit vielen Jahren hervorragende Arbeit.

Kanape bietet Frauen mit migrantischem Hintergrund in 14tägigen Abständen neben der Möglichkeit eines zwanglosen Treffens auch regelmäßige Vorträge und Beratungen.

Andere Handlungsfelder erweisen sich in der Umsetzung des Leitbildes als komplexer und schwieriger. Manche haben wir zum Zeitpunkt der Erstellung des Integrationsleitbildes nicht als solche wirklich wahrgenommen.

Zwei davon möchte ich kurz darstellen: zum einen die Siedlungs- und Wohnungspolitik Vorarlbergs, die zu einer Akkumulierung migrantischer Menschen im gemeinnützigen Wohnbau führt, zu anderen die Situation gut ausgebildeter Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Aufstiegschancen.

In Dornbirn leben ganz grob geschätzt 15% der EinwohnerInnen im gemeinnützigen Wohnbau. Das ist für Österreich eine sehr niedrige Zahl.

Um Zugang zum gemeinnützigen Wohnbau zu finden, muss das Einkommen unter einem gewissen Limit liegen. Folglich werden diese Wohnungen in der Mehrzahl von Menschen belegt, die in höherem Ausmaß als andere Bevölkerungsgruppen von Armut, Arbeitslosigkeit und niedrigen Bildungsabschlüssen betroffen sind. Dazu gehören überproportional viele Menschen mit Migrationshintergrund.

Der gemeinnützige Wohnbau wurde erst 1992 für AusländerInnen geöffnet. Zu bemerken ist, dass vor 1992 nur wenige MigrantInnen eingebürgert waren. De facto wurden die genannten Wohnungen also nur mit „ÖsterreicherInnen“ belegt. In Siedlungen, die also vor 1992 erbaut wurden, zeigt sich zum jetzigen Zeitpunkt eine spezielle Durchmischung: die Zahl an älteren kinderlosen inländischen Personen ist hoch, die Zahl an migrantischen Familien noch gering. Ein völlig anderes Bild bietet sich in jüngeren Siedlungen: dort ist die Zahl an migrantischen Familien überproportional hoch. Ein Beispiel dafür ist die

Siedlung Weppach in Dornbirn, die von der Vogewosi 1997 bis 1999 errichtet wurde. In 121 Wohnungen leben 400 Menschen, davon 160 Kinder unter 18 Jahren.

2004 haben nicht türkischstämmige BewohnerInnen der Siedlung Weppach einen Beschwerdebrief unter dem Titel „Wo bleiben unsere Deutschsprechenden Nachbarn“ an den Bürgermeister geschrieben. Sie beklagten darin, dass es immer wieder zu teilweise groben Konflikten mit den türkischstämmigen Nachbarn komme, weil diese sich nicht an die Regeln des Zusammenlebens halten würden.

Um die Situation zu entschärfen hat die Stadt Dornbirn mit VOGEWOSI und IFS nach Lösungen gesucht. Nach großen Anlaufschwierigkeiten ist es dem IFS und dem beauftragten Sozialarbeiter Erich Ströhle gelungen, MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen an einen Tisch zu bringen, das Gesprächsklima zu verbessern sowie Gemeinsames für die Siedlungsanlage zu planen und umzusetzen. Bis heute ist Erich Ströhle in dieser Siedlung begleitend tätig.

Die so oft geforderte bessere und auch gewünschte Durchmischung im gemeinnützigen Wohnbau ist aufgrund der eben geschilderten Zugangskriterien nicht möglich. Hier ist es notwendig die Belegungsstrategien neu zu überdenken um eine bessere soziale Durchmischung zu gewährleisten.

Die Fragestellung der beruflichen Aufstiegschancen für MigrantInnen hat uns anfänglich nur am Rande berührt. Im Vordergrund stand für uns die Aufgabe, die Bildungsdefizite der migrantischen Bevölkerung auszugleichen, die sich als Resultat einer Umfrage des Instituts für Türkeistudien für Dornbirn ergeben hatten.

2007 wurden in Dornbirn 425 Kinder geboren, 125 Kinder, also knapp 30% sind Muslime. Der fast ausschließliche Teil dieser Muslime hat einen türkischen Migrationshintergrund. Um die Lebenschancen dieser Kinder zu verbessern werden große bildungspolitische Anstrengungen notwendig sein. Parallel zu

diesen bildungspolitischen Maßnahmen müssen wir- das sind PolitikerInnen- unser Augenmerk darauf richten, dass jene MigrantInnen, die gut ausgebildet sind, auch wirklich ihrem Ausbildungsgrad entsprechende Berufschancen haben. Das Beispiel Deutschland zeigt, dass trotz guter schulischer Qualifikation v.a. Menschen mit türkischem Migrationshintergrund weiterhin benachteiligt werden. 38% der türkischstämmigen AkademikerInnen wollen das Land deswegen verlassen. Diese Befürchtungen sind real: das Institut für Türkeistudien hat völlig identische Bewerbungen an Firmen geschickt, einmal mit türkischem, ein anderes Mal mit deutschem Namen. BewerberInnen mit deutschem Namen wurden zehnmal häufiger zu Vorstellungsgesprächen eingeladen. Jobs werden für MigrantInnen vor allem dort angeboten, wo der Migrationshintergrund von Vorteil ist, wie z.B. in der Sozialarbeit.

Um die Akzeptanz türkischstämmiger Menschen in der Öffentlichkeit zu verbessern und damit auch den Weg für berufliche Aufstiegschancen freizumachen, braucht es viele verschiedene Maßnahmen. Sicher brauchen wir angesehene PolitikerInnen, die sich öffentlichwirksam für die Anliegen der migrantischen Bevölkerung stark machen.

Schaffen wir das nicht, könnte das, was wir immer propagiert haben, dass Bildung sich für die migrantische Bevölkerung lohnt, als leere Floskel entlarvt werden.